

Sollte die AfD verboten werden?

Aktuelle Nachrichten

AfD - Alternative für Deutschland

Die Alternative für Deutschland (kurz: AfD) ist eine rechtsextreme und rechtspopulistische Partei in Deutschland. Die Partei wurde am 6. Februar 2013 gegründet, als Reaktion auf Bedenken bezüglich der Eurokrise und der EU-Integration. Die Vorsitzenden der AfD sind Tino Chrupalla und Alice Weidel.

2017 kann man als sogenanntes Durchbruchsjahr bezeichnen, da die AfD bei den Bundestagswahlen in diesem Jahr bedeutende Unterstützung erhielt und somit die drittgrößte Partei im Bundestag darstellt. Außerdem zog die AfD erstmals in das nationale Parlament ein.

Innerhalb der Partei gibt es interne Spaltungen und Auseinandersetzungen. Ein Teil repräsentiert einen radikaleren Flügel bzw. eine Orientierung nach rechts, die andere einen gemäßigten Flügel, der nicht so stark nach rechts orientiert ist.

Momentan gewinnt die AfD aufgrund der politischen Situation und der Unzufriedenheit der Menschen mit der Politik immer mehr Zustimmung und Akzeptanz, da sich die Menschen eine Veränderung in der Politik wünschen. Diese Lösung soll vermeintlich die AfD sein.



<https://www.tagesspiegel.de/berlin/entscheidung-des-verwaltungsgerichts-berliner-afd-hat-wohl-kein-anrecht-auf-stadtratsposten-10739614.html>

Ziele und Problematik der AfD



Instagram Beitrag von Norbert Kleinwächter, Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion, 21.03.2023



<https://twitter.com/NKleinwaechter>

Zunächst fordert die AfD den Austritt aus der Europäischen Union. „Wir halten einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft für notwendig“, so lautet es im AfD-Programm. Das Ziel hierbei sei ein nüchterner Staatenbund ohne jegliche Integrationstendenzen. Hieraus folgt das Thema Flüchtlingspolitik, bei der gesagt wird, dass die AfD die Grenzkontrollen zurückfordert, um physische Barrieren zu schaffen, wie z.B. Grenzzäune. Zudem werden Familiennachzüge aller Flüchtlinge abgelehnt und Asylanträge dürfen nur bei nachweisbarer Identität und Staatsangehörigkeit ausgestellt werden. Eine Abschiebeoffensive soll hierzu auch beitragen. Diese starke begrenzte Immigration, somit die radikale Position der AfD, wird von ihnen begründet mit den Worten: „Das sei nötig, um eine deutsche Identität zu bewahren.“

Ein weiterer Programmpunkt der AfD betrifft die Bildung. Die AfD kritisiert den gestiegenen Anteil von Abiturienten als Zeichen einer zu starken Fixierung auf akademische Bildung. Ihr Parteiprogramm lehnt die Betrachtung von Bildung als Handelsware ab, um sie vor Ökonomisierung und Ideologisierung zu schützen. Die Partei befürwortet getrenntes Lernen nach Leistungsstärke in Schulen für ein gerechteres Bildungssystem. An Universitäten solle auf Bachelor- und Masterarbeit verzichtet werden und stattdessen das Diplom und der Magister wieder eingeführt werden.

Des Weiteren fordert die AfD bei einer erneuten Pandemie keine Pflicht von Tragen von Masken und auch keinen Lockdown. Die Menschen sollen selber entscheiden dürfen, in wie weit sie sich schützen wollen oder nicht. Zudem ist es den Bürgern selber überlassen, ob sie sich impfen lassen wollen oder nicht, da die Partei sich gegen den „indirekten Zwang“ zu Impfungen, Tests oder Apps wendet.

Außerdem ist es erwähnenswert, dass sich die AfD trotz des Ukraine-Russlands Konflikts dennoch an Russland bindet und mit diesem Land in der Außen- und Verteidigungspolitik Kooperationen eingehen würde.

Im Allgemeinen sagt man, dass die Hauptmerkmale der AfD die Anti-Establishment-Orientierung und die Vertretung des „wahren“ Volkswillens sind. Hieraus ergibt sich eine starke Verbundenheit zwischen der Partei und ihren Wählern. Dies schafft eine gewisse Zusammenarbeit, bei der die Wähler auf die Partei regelrecht angewiesen und dieses Vertrauen schenken müssen.

Wann darf eine Partei verboten werden?

Was sagt das Gesetz dazu?

Die Bundesrepublik Deutschland definiert sich als eine wehrhafte Demokratie, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes (GG) das Recht hat, gegen Parteien vorzugehen, die darauf abzielen, die freiheitliche Demokratische Grundordnung zu gefährden oder zu beseitigen. Ein Parteiverbot kann nur durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen werden und unterliegt spezifische Voraussetzungen.

Entscheidend für ein Parteiverbot ist nicht nur, dass eine Partei verfassungsfeindliche Positionen vertritt, sondern auch, dass sie aktiv und kämpferisch versucht, diese umzusetzen. Es reicht nicht aus, wenn Verfassungswerte lediglich in der politischen Meinungsäußerung angezweifelt oder abgelehnt wurden. Die betreffende Partei muss viel, eher planvoll darauf ausgerichtet sein, die Grundlagen der freiheitlichen demokratischen Ordnung zu beseitigen. Hierbei sind konkrete und gewichtige Anhaltspunkte erforderlich, die es zumindest möglich erscheinen lassen können, dass die Handlungen der Partei erfolgreich sein könnten.

Ein Parteiverbot kann nicht einfach durch den Bundes- oder Landesinnenminister ausgesprochen werden, sondern erfordert ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Diese besondere formale Anforderung, auch als Parteienprivileg bekannt, dient dem Schutz des offenen politischen Wettbewerbs. Die Initiative zur Beantragung eines Parteiverbots liegt ausschließlich bei den Verfassungsorganen Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung. Nur wenn eine Partei ihre Organisation auf das Gebiet eines bestimmten (Bundes-)Landes beschränkt, kann auch die Landesregierung dieses Landes einen Antrag stellen. Die Entscheidung, einen Antrag auf Parteiverbot zu stellen, liegt im politischen Ermessen der Antragsberechtigten.

Nun stellt sich die Frage, ob die Partei der AfD überhaupt verboten werden darf, da dieses Thema momentan viel diskutiert wird.

Diese Antwort auf die Frage ist nicht leicht zu beantworten. Prinzipiell darf jede Partei verboten werden, wenn die Bedingungen für ein

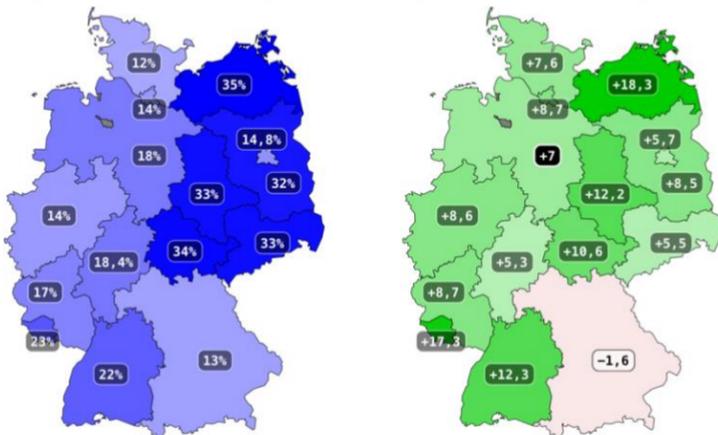
Parteiverbot erfüllt werden.

Im Falle der AfD ist es jedoch etwas schwieriger, da die Partei noch nicht „Radikal genug“ für so ein Verbot sei. Die Kriterien für ein Verbot belaufen sich auf der Bedrohung der Menschenwürde, der Demokratie und des Rechtsstaats. Diese Aussage bleibt jedoch sehr diskutabel.



<http://kurt.digital/2019/05/23/kommentar-70-jahre-grundgesetz-zeit-fuer-ein-update/>

AfD: Neueste Umfragewerte in Wahlumfragen
Umfragewerte zu den Landtagswahlen Vergleich mit den Wahlergebnissen



<https://dawum.de/AfD/>

Statistiken verzeichnen Anstiege

Neueste Umfragewerte in Wahlumfragen (AfD)

Aktuell erzielt die AfD 22% an Zustimmung bundesweit. Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt erreichten Höchstwerte von zwischen 33%-35% (Landtag). Die niedrigsten Umfragewerte werden in Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Bayern und Schleswig-Holstein verzeichnet mit rund 12%-14% verzeichnet.

Vergleicht man die Umfragewerte zu den Landtagswahlen mit den Wahlergebnissen so erkennt man überall einen Anstieg von mindestens 5,3% der bis zu 18,3% ansteigen kann. Eine Ausnahme jedoch gibt es im

Bundesland Bayern, da dort die Wahlergebnisse der AfD um 1,6% gesunken sind.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die AfD zur Zeit immer mehr Zustimmung und Wählerstimmen dazugewinnt, was zur Folge hat, dass sich unsere Politik stark entwickelt, ob positiv oder negativ mag dahingestellt sein, da die AfD viele andere Ziele verfolgt, die unsere aktuelle Lebensweise einschränken und stark verändern könnte.

Viele Menschen sind momentan unzufrieden mit der Politik, was somit die stark angestiegenen Zahlen erklären würde.

NPD, KPD und SRP Verbotverfahren

Parteiverbot in der Vergangenheit

In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat das Bundesverfassungsgericht in zwei Fällen Parteiverbote ausgesprochen: gegen die Sozialistische Reichspartei (SRP) im Jahr 1952 und gegen die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) im Jahr 1956.

Ein Parteiverbotsverfahren gegen die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) wurde im Jahr 2003 aufgrund von Verfahrenshindernissen eingestellt, da die NPD bis in ihrer Führungsebene von V-Leuten (Verbindungs- oder Vertrauenspersonen) beobachtet wurde, was das Gericht als Verstoß gegen rechtsstaatliche Prinzipien ansah.

Ein weiteres Parteiverbotsverfahren gegen die NPD, beantragt vom Bundesrat, wurde am 17. Januar 2017 abgelehnt. Das Gericht erkannte an, dass die NPD zwar verfassungsfeindliche Ziele vertritt, die auf die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung abzielen, aber es fehlten konkrete Anhaltspunkte, die den Erfolg ihrer Handlungen wahrscheinlich erscheinen ließen. Daher wurde der Antrag abgelehnt.



<https://aranita.blog/2013/12/03/npd-verbotsverfahren-der-richtige-weg/>

AfD- gute oder schlechte Alternative?

Vor- und Nachteile zusammengefasst



https://www.focus.de/politik/deutschland/landtagswahl-in-sachsen/kommentar-afd-ist-weder-buergerlich-noch-konservativ-sondern-rechtsradikal-hier-sind-die-belege_id_11098159.html

Die Entscheidung, die Alternative für Deutschland zu wählen, birgt sowohl Vor- als auch Nachteile, die Deutschland neu prägen könnte. Der erste Vorteil darin, ohne Regierungsbeteiligung bedeutenden politischen Einfluss auszuüben, in dem die AfD, andere Parteien, sich nach rechts zu bewegen. Die AfD durchläuft einen Lernprozess und könnte sich zu einer etablierten Opposition entwickeln. Ihr populistischer Politikstil ermöglicht es der AfD, die Stimme verschiedener

Folgerungsgruppen im Bundestag zu repräsentieren und als Alternative zu fungieren, in dem sie einen anderen politischen Weg aufzeigt.

Jedoch gibt es auch Schattenseiten bei der Wahl für die AfD. Mit potentiell bis zu sechs Parteien im Bundestag könnte die Regierbarkeit erschwert werden. Die AfD neigt dazu, komplexe Probleme mit simplen Antworten zu beantworten, und bedient sich eines schrillen, rhetorischen Stils. Die Verbreitung von Alternativen, Fakten und fragwürdigem Gedankengut in einigen Führungskreisen könnte das Vertrauen in die Politik untergraben. Kurzfristige Orientierung, Ablehnung des Islams und die Verweigerung von Koalition könnten im Widerspruch zur parlamentarischen Demokratie stehen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die chauvinistische Partei Erfolge feiert, zeit dabei jedoch auch Lügen und Rassismus in die Politik ein. Der Grad ihrer Ausrichtung und die Stärke ihrer Stimme hängen von den Wählern ab. Insgesamt könnte die AfD die politische Landschaft aufbrechen, birgt jedoch auch die Gefahr einer auf Hass basierenden Politik, was die parlamentarische Demokratie in Deutschland belasten könnte. Wähler sind dazu aufgerufen, diese Vor- und Nachteile sorgfältig zu überdenken.

Verbot der AfD-möglich?

Verfassungsrechtler Boehmer-Neßler äußert sich

In Bezug auf die AfD wird betont, dass die politische und verfassungsrechtliche Dimension getrennt betrachtet werden sollten. Dr. Boehmer-Neßler glaubt, dass die Chancen für ein Parteiverbot gering sind, da das Bundesverfassungsgericht nur unter streng definierten Kriterien ein Verbot erlassen würde. Das Deutsche Grundgesetz betont die Parteidemokratie, in der politische Auseinandersetzungen durch Diskussionen, Wettbewerb und Wahlen stattfinden.

Boehmer-Neßler schlägt vor, gegen die AfD auf politischem Weg vorzugehen, indem man mit ihr diskutiert und öffentlich klarmacht, dass ihre Ansichten problematisch sind. Er sieht dies als effektiveren Weg, die Wähler zurückzugewinnen, anstatt die Partei zu verbieten. Durch politische Diskussionen könne man die AfD entlarven und potenziellen Wählern zeigen, warum ihre Positionen bedenklich sind.



<https://www.google.de/url?sa=i&url=https%3A%2F%2Fwww.sueddeutsche.de%2Fpolitik%2Fafd-rechtsextremismus-verfassungsschutz-1.6316498&psig=AOvVaw1IGj3fICxNiFWzQeatVIG8&ust=1702657596218000&source=images&cd=vfe&opi=89978449&ved=0CAUQjB1qFwoTCICw3P6rj4MDFQAAAAAdA AAAABAV>

AfD in Thüringen und Sachsen-Anhalt als rechtsextremistisch eingestuft

Sachsen-Anhalt zieht hinter Thüringen die Einstufung nach

Der Thüringer Verfassungsschutz fokussiert nach wie vor intensiv auf die Bekämpfung des Rechtsextremismus. Dies liegt vor allem an der deutlichen Neigung zur Gewalt innerhalb einer beträchtlichen Anzahl von Personen im Freistaat, die sich durch zahlreiche rechtsextrem motivierte Straftaten und Gewalttaten manifestiert. Insgesamt beobachtet der Verfassungsschutz in Thüringen eine erhebliche Radikalisierung der rechtsextremen Szene, insbesondere im Kontext des Internets. Dies geht einher mit der fortschreitenden Entwicklung einer digitalen Subkultur, was zu einer immer geringeren Hemmschwelle für die Anwendung von Gewalt führt. Die Anzahl der rechtsextremistischen Personen in Thüringen betrug Ende 2020 insgesamt 2180, was einem Anstieg von 1260 Personen im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Dieser Anstieg ist hauptsächlich auf die Einstufung des Landesverbandes Thüringen der „Alternative für Deutschland“ (AfD) als

Verdachtsfall und die Feststellung der rechtsextremistischen Natur des Personenzusammenschlusses „Der Flügel“ durch das Bundesamt für Verfassungsschutz zurückzuführen. Der Verfassungsschutz in Sachsen-Anhalt hat offiziell den Landesverband der AfD als zweifelsfrei rechtsextrem eingestuft. Diese Mitteilung erfolgte durch den Leiter der Behörde, Jochen Hollmann, gegenüber dem MDR. Die Entscheidung basiert auf der Auswertung zahlreicher Äußerungen von Funktions- und Mandatsträger der AfD, die als muslimfeindlich, rassistisch und antisemitisch eingestuft wurden. Bereits seit 2021 war der sachsen-anhaltische AfD Landesverband als Verdachtsfall vom Landesverfassungsschutz eingestuft. Dieser sammelte in der Zwischenzeit zusätzliche umfangreiche Informationen, die laut Hollmann nicht im Einklang mit den Prinzipien der Menschenwürde, der Demokratie und des Rechtsstaats stehen.



<https://www.thepioneer.de/originals/others/articles/das-comeback-der-afd>

Ist die AfD wirklich so eine gute Alternative?

Statement von einer Schülerin

Lenya Pawella



Mein Name ist Lenya Pawella, ich bin 17 Jahre alt und besuche das Clara-Schumann Gymnasium in Dülken, Viersen.

Die Politik ist momentan ein heiß diskutiertes Thema. Aufgrund dessen habe ich mir die Fragestellung, ob die AfD verboten werden sollte, ausgesucht. Außerdem interessiert mich das Thema persönlich, da es unsere Zukunft stark beeinflussen könnte.

Im Folgenden werde ich mich zu der Fragestellung äußern und meine persönlichen Gründe miteinbeziehen.

Die AfD hat in der politischen Landschaft Deutschlands für erhebliche Diskussionen gesorgt. Ein zentraler Kritikpunkt bezieht sich auf ihre Position zu Themen wie Migration und Integration. Die Forderungen nach einer restriktiveren Einwanderungspolitik sowie die Betonung nationaler Interessen haben nicht nur zu einer Polarisierung in der Gesellschaft geführt, sondern auch die Befürchtung geweckt, dass dies zu einer Spaltung und Abgrenzung innerhalb Europas führen könnte.

Ein weiterer problematischer Aspekt ist die Verbindung einiger AfD-Vertreter zu rechts populistischen und nationalistischen Strömungen. Diese Verknüpfung wirft die Frage auf, inwieweit die Partei demokratische Prinzipien und Werte unterstützt und inwiefern die potenziell extremistischen Ansichten toleriert. Kontroversen und Skandale, die aus internen Reihen stammen, tragen nicht nur zur Schwächung des demokratischen Diskurses bei, sondern auch das Vertrauen in politische Institution erschüttern.

Zusätzlich stehen einzelne Mitglieder der AfD wegen diskriminierender oder rassistischer Äußerungen in der Kritik. Solche kontroversen Aussagen werfen Zweifel auf, ob die Partei eine inklusive und respektvolle Politik fördert. Es ist von großer Bedeutung, dass in der politischen Auseinandersetzung fundierte Argumente den Ton angeben und dass der Diskurs respektvoll und demokratisch geführt wird.

Die Herausforderung besteht darin, eine ausgewogene Bewertung

vorzunehmen, die die legitimen Anliegen und Sorgen der Wähler berücksichtigt, ohne dabei auf Vorurteile zurückzugreifen. Eine konstruktive Debatte über die Zukunft Deutschlands erfordert eine kritische Auseinandersetzung mit der AfD, gepaart mit einem klaren Bekenntnis zu demokratischen Werten und einem respektvollen Miteinander.

Im Folgenden würde ich gerne mit einer Partei Vorsitzenden, namens Alice Weidel, argumentieren. Alice Weidel lebt mit ihrer Frau in der Schweiz, vertritt jedoch das Land Deutschland und kritisiert, laut dem Parteiblatt, die Homosexualität.

„Wer die Regierung kritisiert, wird zum Rechtsradikalen!“

- Alice Weidel

https://twitter.com/Alice_Weidel/status/1478312984653008899

Daraus lässt sich meiner Meinung nach eine Doppelmoral schließen, da Beschlüsse der AfD nur für Deutschland gelten würden, und nicht für die Schweiz. Somit wäre die Partei Vorsitzende Alice Weidel nicht von ihren eigenen Beschlüssen betroffen.

Des Weiteren regt das Zitat von Alice Weidel zum Nachdenken an, da unsere Meinungsfreiheit in Frage gestellt wird. Man kritisiert das System und wird direkt zum Rechtsradikalen? Kann das richtig sein?

Ich komme zu dem Schluss, dass die Wahl der AfD fatale Folgen für unsere Politik und unsere Demokratie haben könnte, da sich offensichtliche rassistische und rechtsextreme Züge erkennen lassen. Unter Berücksichtigung der momentanen Politik kann ich nachvollziehen, dass viele Menschen eine Veränderung wünschen, jedoch stellt sich die Frage, ob die AfD die Situation besser meistern würde, als es die aktuelle Politik tut.

Weitere Quellen:

<https://www.deutschlandfunk.de/bundestagwahl-2021-mit-welchem-programm-die-afd-in-den-100.html>

<https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/211108/kurz-und-buendig-die-afd/>

<https://www.insidetrading.de/afd-wahlen-vorteile-nachteile-und-auswirkungen-fuer-deutschland/>

<https://www.bmi.bund.de/DE/themen/verfassung/parteienrecht/parteiverbot/parteiverbot-node.html>

<https://www.derwesten.de/politik/afd-verbot-verfassungsgericht-partei-i-id300620611.html>

<https://verfassungsschutz.thueringen.de/rechtsextremismus/rechtsextremismus-thueringen>